

Riesauer Tageblatt

Bezahlanschrift:
Tageblatt Riesa,
Fennelstr. 20,
Postfach Nr. 22.

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Das Riesauer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptpostamts Riesa befähigter bestimmter Blatt.

Postkontor:
Dresden 1530,
Strohof:
Riesa Nr. 22.

Nr. 217.

Sonnabend, 16. September 1933, abends.

86. Jahrg.

Das Riesauer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark ohne Zustellgebühr, durch Postbezug RM. 2.14 einschl. Postgebühr (ohne Zustellungsgebühr). Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preis-erhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 3 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 39 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubende und unvollständige Sätze 50%, Aufschlag, feste Tarife. Bewilligter Rabatt erstreckt sich, wenn der Betrag verfallt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, des Verlegers oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Vorfahrung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Renger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: GutsMuthsstraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Die außenpolitische Lage.

Reichsaußenminister Freiherr von Neurath vor der ausländischen Presse. „Gleichberechtigung oder Zusammenbruch der ganzen Abrüstungs-idee!“

Staatsratsstagung in Potsdam.

Reichsaußenminister Freiherr von Neurath empfing die Vertreter der ausländischen Presse in Berlin zu einem geselligen Beisammensein im Hotel Kaiserhof, an dem auch der Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda, Dr. Goebbels, teilnahm.

Der Minister machte in einer Ansprache Ausführungen über die außenpolitische Lage und erklärte, daß man hinsichtlich der großen internationalen Probleme nichts anderes als eine nahezu vollständige Stagnation feststellen könne, weil der Geist des Systems von Versailles auch heute noch weitgehend die Politik beherrscht.

Das Ausland muß endlich begreifen, daß das deutsche Volk das Recht hat, sich gegen diesen Geist von Versailles mit allen Kräften zur Wehr zu setzen. Der Reichskanzler hat in seiner großen Reichstagsrede vom 17. Mai dargelegt, in welchem Sinne, mit welchen Methoden und mit welchen Zielen wir diesen Kampf führen wollen. Seine Darlegungen bleiben für die deutsche Außenpolitik maßgebend. Ich kann nur mit Bedauern feststellen, daß es an vielen Stellen des Auslandes bis heute an der richtigen Würdigung der Richtlinien unserer Außenpolitik fehlt, deren Kernpunkt es ist, daß Deutschland den Frieden und nicht den Krieg, einen aufbauenden Frieden im Innern und nach außen will.

Eine Entspannung kann nur herbeigeführt werden durch Maßnahmen, die wirklich an die großen außenpolitischen Probleme herangehen und ihre Behandlung entscheidend fördern. Dieser Erkenntnis entsprang die weitblickende staatsmännliche Initiative des italienischen Regierungschefs, die nach schwierigen Verhandlungen schließlich zur Unterzeichnung des Biermächtepaktes geführt hat. Deutschland hat den Pakt unterzeichnet, um seinerseits kein Mittel unversucht zu lassen, das zur Anbahnung einer fruchtbareren Periode der Entwicklung beitragen könnte.

Keuchert skeptisch muß allerdings der Stand der Abrüstungsfrage stimmen. Nach gewissen Anzeichen zu schließen, scheint die Bereitschaft der hochgerüsteten Staaten zur Erfüllung ihrer Abrüstungsverpflichtungen heute geringfügiger denn je zu sein.

Es ist für uns nichts neues, daß man versucht, die Haltung mit der Behauptung deutschen Aufrüstungswillens zu rechtfertigen. Meine Damen und Herren, ich sage mit dem vollen Bewußtsein der Tragweite meiner Worte, daß das nichts anderes ist als eine bewusste Verschleierte der Tatsache, daß Deutschlands Ziel lediglich die Befreiung des heutigen Zustandes einseitiger Wehrlosigkeit ist.

Die hochgerüsteten Staaten rüsten weiter, und statt von ihrer Abrüstung sprechen sie von ihrer Sicherheit. Wer ist denn bedroht? Nicht die anderen Länder, sondern Deutschland. Nur im Ausland spricht man vom Krieg.

In Deutschland denkt niemand an kriegerische Entwicklungen. Deutschland verlangt Sicherheit und Gleichberechtigung; es wünscht nichts anderes, als seine Unabhängigkeit bewahren und seine Grenzen schützen zu können.

Das ganze deutsche Volk weiß, nicht zuletzt aus den Erfahrungen der Nachkriegszeit, daß der Krieg auch dem Sieger keinen wahren Nutzen, keinen bleibenden Vorteil bringt. Es ist unfair, demgegenüber mit der Behauptung zu operieren, daß die neue deutsche Regierung zwar zunächst wohl alle äußeren Bewidlungen zu vermeiden wünsche, daß es ihr aber nur darauf ankomme, Deutschland in einer ersten Ruheperiode stark genug zu machen, um dann zu offener Gewaltpolitik übergehen zu können. Das sind bloße Gedankenexperimente, die in den wirklichen Tatsachen nicht die geringste Stütze finden und mit denen man überhaupt keine ethische und reale Politik machen kann.

Wenn man aber glaubt, mit solchen leeren Argumenten die Herrschaft der Sieger über den Besiegten verewigen zu können, so muß ich dazu allerdings mit aller Bestimmtheit erklären, daß Deutschland sich weigert, einen solchen Zustand weiter zu ertragen.

Es gibt schließlich nur die eine Alternative: Verwirklichung der Gleichberechtigung oder aber Zusammenbruch der ganzen Abrüstungs-idee, für dessen unabsehbare Folgen nicht Deutschland die Verantwortung tragen würde.

Ich könnte es nur bedauern, wenn man die unmaßgebliche politische Methode des Messens mit zweierlei Maß etwa auch in der einen Frage anwenden wollte, die man hier und da anscheinend zu einer Traue der internationalen Politik

Der Auftakt zur Staatsratsstgung in Potsdam.

Potsdam. (Funkspruch.) Die alte preussische Residenzstadt Potsdam steht heute wiederum im Mittelpunkt politischen Geschehens. Der gestern vom Ministerpräsidenten Brüning in Berlin mit besonderer Feierlichkeit eröffnete preussische Staatsrat wird heute vormittag seine erste Arbeitssitzung in der Marmorhalle des „Neuen Palais“ im Park von Sanssouci abhalten. — Potsdam hat reichen Festschmuck angeleiert. Fast jedes Haus ist besetzt und das bunte frohe Garderobebild unterscheidet sich nur wenig von dem zur feierlichen Reichstagsöffnung im März. An der Glienicker Brücke hatten sich schon in den Morgenstunden viele Renalierge angeammelt, die den Ministerpräsidenten begrüßen wollten. Vor der Garnisonkirche war bereits am frühen Vormittag die Stabskappe aufmarschiert.

Vor der Garnisonkirche.

Potsdam. (Funkspruch.) Vor der Garnisonkirche hatte die Reichs-SS-Standarte Adolf Hitlers Aufstellung angenommen. Oberbürgermeister Kaufher begrüßte den Ministerpräsidenten, indem er zum Ausdruck brachte, daß die Stadt Potsdam sich freue darüber, daß der Staatsrat seine Arbeitssitzung in Potsdam abhalte. Die Bevölkerung Potsdams nehme an diesem Staatsakt heraldischen Anteil. Darauf begab sich Ministerpräsident Brüning in die Garnisonkirche und legte einen Lorbeerkranz nieder, auf dessen Schiefe folgende Worte standen: „Preußens großem König,

Feldherrn und Staatsmann in Ehrerbietung und unauflöslicher Treue. Der preussische Ministerpräsident.“

Die Auffahrt der Staatsräte am Neuen Palais.

Nach einem feierlichen Akt an der Garnisonkirche fuhr der Ministerpräsident durch die festlich geschmückten Straßen in den Park von Sanssouci. Der Ministerpräsident, der überall von den Menschen mit jubelnden Zurufen begrüßt wurde, schritt vor dem Neuen Palais die Fronten der Schutzpolizei und der anderen Formationen ab. Die Staatsräte selber waren inzwischen in ihrem Wagen am Neuen Palais eingetroffen und hatten sich im Jaspissaal zum Empfang versammelt.

Der große Saal, in dem die erste Arbeitssitzung des neuen Staatsrates stattfindet, ist überaus feierlich hergerichtet. Als einziger Schmuck ist an der Schmalfseite eine große Oakenkreuzfahne angebracht, rechts und links flankiert von weißen Fahnen mit dem neuen preussischen Adlerwappen. Davor stehen Tisch und Stuhl des Ministerpräsidenten, die aus dem alten Mobiliar des Schlosses stammen und schon von Friedrich dem Großen benutzt worden sind. Zur Rechten des Platzes von Ministerpräsident Brüning steht das goldene Rednerpult, dem als Motiv das alte Adler-Pult zu Grunde liegt.

Die Tagung begann kurz nach 11 Uhr. Im Mittelpunkt stehen Vorträge von Prof. Karl Schmitt und dem Generalleutnant Terboven über Staat und Gemeinde. Die Tagung selber ist nicht öffentlich.

hat machen wollen, das ist die letzte Entwicklung der deutsch-österreichischen Beziehungen. Man sollte begreifen, daß wir im deutschen Volk Österreich einen Teil unseres eigenen Volkes sehen. Niemand kann deshalb von uns erwarten, daß wir der Entwicklung der Dinge in Österreich gleichgültig zusehen oder daß wir sympathisieren mit einem österreichischen Regime, unter dem gerade das entsetzt wird, was das deutsche Volk heute mit neuem Mut und neuer Zuversicht erfüllt. Die Reichsregierung denkt nicht daran, sich in die innerpolitischen Verhältnisse Österreichs einzumischen. Wir müssen aber fordern, daß unerbittliche Einmischungen anderer Länder in die Auseinandersetzungen zwischen Deutschland und Österreich unterbleiben. Je eher man im Ausland einsehen wird, daß Volksbewegungen nicht durch politische Grenzen eingedämmt und nicht durch polizeiliche Maßnahmen unterdrückt werden können, desto eher wird die Bahn frei werden für eine den natürlichen Gegebenheiten entsprechende und ganz Europa zugute kommende Stabilisierung der inneren Lage Österreichs.

So wenig erfreulich und so wenig geträrt heute die Gesamtlage der europäischen Politik erscheinen mag, Deutschland sieht der kommenden Entwicklung mit fester und ruhiger Zuversicht entgegen.

Gestützt auf die wiedererweckte innere Kraft und Geschlossenheit des Volkes werden wir unser Ziel verfolgen, diesem Volk inmitten der anderen Völker ein Leben in Frieden und Ehre zu sichern, Ruhe und Vertrauen, die Grundlagen jeder politischen Befriedung und jeden wirtschaftlichen Aufschwungs, werden erst wiederzuleben, wenn die Diskriminierung Deutschlands und der anderen im Jahre 1919 entrechteten Staaten beseitigt ist. In dieser Wahrheit werden auch alle die Vorurteile gegen das neue Deutschland junichte werden.

So zweifle ich nicht, daß z. B. das unsinnige Gerücht des Auslandes über rein innerdeutsche Dinge, wie die sogenannte Judenfrage, schnell verstummen wird, wenn man erkennt, daß die unbedingte notwendige Säuberung des öffentlichen Lebens wohl vorübergehend in Einzelfällen persönliche Härten mit sich bringen konnte, daß sie aber doch nur dazu diente, um in Deutschland die Herrschaft von Recht und Gesetz umlo unerschütterlicher zu festigen. Das Ausland wird auch aufhören, den Lügenberichten deutscher Emigranten das Ohr zu leihen, ihre Brunnengergistung zu begünstigen und der Meinung von Seiten Beachtung zu schenken, die einem Deutschland nachtrauern, in dem sie sich auf Kosten des Volkswohls zu Einstuß bringen konnten, einem Deutschland, das niemals wieder auferstehen wird. Statt dessen wird man das Deutschland von heute kennenlernen, wie es wirklich ist, ein stolzes, unabhängiges und friedliebendes Deutschland, ein

Deutschland, das zwar die anderen Länder nicht nach leeren Sympathieundgebungen, sondern nach ihren Handlungen beurteilen wird, das aber stets zu aufrichtiger Zusammenarbeit bereit ist.

Eine solche Zusammenarbeit braucht durch eine auch noch so weitgehende Verschiedenheit des inneren Regierungssystems der einzelnen Länder nicht behindert zu werden. So bin ich überzeugt, daß sich die nun schon in einer Reihe von Jahren bewährten freundschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion auch weiterhin fruchtbar gestalten werden. Das gleiche gilt für das Verhältnis Deutschlands zu allen anderen Ländern, die guten Willens sind.

Die fremden Völker müssen und werden erkennen, welchen Gewinn es auch für sie bedeutet, in der vom Reichskanzler Adolf Hitler geführten Regierung einer Regierungsgewalt gegenüberzustehen, die nicht mehr ein Spielball zerissen politischer Meinungen, widerstrebender wirtschaftlicher Kräfte und zufälliger Strömungen des politischen Lebens ist, sondern nach festen Grundlügen und offen erklärten Absichten die Geschicke ihres Landes leitet. So wird im Ausland schließlich allgemein die Auffassung Mussolinis Zustimmung finden, der er in seiner Rede über den Biermächtepak mit den Worten Ausdruck gegeben hat: „Deutschland ist da im Herzen Europas mit seiner gewaltigen Bevölkerung von 65 Millionen Menschen, mit seiner Geschichte, seiner Kultur, seinen Notwendigkeiten. Eine wahrhaft europäische Politik mit dem Ziel der Errichtung des Friedens kann man nicht ohne und noch weniger gegen Deutschland machen.“

Die Aufnahme der Rede des deutschen Außenministers in Frankreich.

Paris. (Funkspruch.) Das außenpolitische Programm, das Reichsaußenminister Freiherr von Neurath gestern vor den Vertretern der ausländischen Presse entwickelte, wird vom „Journal“ als Auftakt zur außenpolitischen Werbekampagne des Dritten Reiches bezeichnet. Die Erklärungen des Reichsaußenministers seien jedenfalls sensationell und würden nicht verfehlen, einen beträchtlichen Widerhall im Ausland zu finden, weil sie nicht nur die Frage der Abrüstung sondern auch vor allem das österreichische Problem in einem ganz neuen Lichte darstellten. Die royalistische Action Francaise befürchtet, daß die geschickten Ausführungen des Reichsaußenministers auf die englischen, amerikanischen und anderen Regierungen Eindruck anzubringen werden und daß Paul Boncour in seiner eigenen Rolle anfangen werden könnte.